

# Urbane Entwicklungen

## Schwerpunkt: Kommunalwahlen 2024

von Kurt Damm



Projektbericht  
November 2024

**KoBra**  
Kooperation Brasilien

Hintergrundfoto:  
Roque de Sá/Agência Senado (CC BY 2.0)

# Urbane Entwicklungen

## Schwerpunkt: Kommunalwahlen in Brasilien

Von Kurt Damm

### Inhalt

1. Kommunalwahlen in Brasilien .....	2
1.1. Munizípien im föderativen System .....	2
2. Ausgang der Wahlen nach Parteien.....	4
2.1. Die Ergebnisse .....	5
2.2. Kommunalwahl und Bundesregierung.....	6
3. Kommunalwahlen und Indigene Bevölkerung.....	8
3.1. Indigene Bevölkerung und das passive Wahlrecht .....	8
3.2. Indigene Bevölkerung und das aktive Wahlrecht .....	10

Gefördert durch:

**Brot** mit Mitteln des  
**für die Welt** Kirchlichen  
Entwicklungsdienstes

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Mit Mitteln des

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein KoBra – Kooperation Brasilien e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

## **1. Kommunalwahlen in Brasilien**

am 06. und 26. Oktober fanden in Brasilien Kommunalwahlen statt. 155 Millionen brasilianische Wähler und Wählerinnen waren aufgerufen und verpflichtet, an den Kommunalwahlen teilzunehmen.

In 5.569 Kommunen wurden neue Bürgermeister\*innen, sowie deren Vertreter\*innen, aber auch die Mitglieder der kommunalen Parlamente neu gewählt. Die allermeisten Bürgermeister\*innen wurden bereits im ersten Wahlgang mit einfacher Mehrheit gewählt. Geregelt ist, dass lediglich in Kommunen mit mehr als 200.000 Wähler\*innen ein zweiter Wahlgang notwendig wird, wenn keiner der Kandidat\*innen im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht hat. Dies war bei diesen Wahlen in 51 Kommunen der Fall.

### **1.1. Kommunen (Munizípien) im föderativen System**

Brasilien ist föderativ organisiert, das bedeutet, dass die Mehrheit der Verwaltungs- und Gesetzgebungsbefugnisse in den Händen der starken, zentralisierenden Union liegt.

Trotzdem verfügen die Munizípien über eine eigene Verwaltungsautonomie, eine eigene Exekutive (Rathaus) und eine eigene Legislative (Ratskammer). Die Kompetenzen und Zuständigkeit der Rathäuser beziehen sich in erster Linie auf Maßnahmen, die von lokalem Interesse sind (z. B. Straßenbeleuchtung, Belag öffentlicher Gehwege, Mülltrennung, etc.). Die Ratskammer bestimmt auch über die Rechte und Pflichten der Ratsmitglieder, die Befugnisse und Zuständigkeiten des\*der Bürgermeister\*in, die Gehälter der städtischen Bediensteten und Erläuterungen zu den städtischen Steuern wie die Grundsteuer (IPTU), oder die Dienstleistungssteuer (ISS) (lei organica).

Über die lokalen Steuereinnahmen hinaus erhalten die Munizípien zur Erfüllung ihrer Aufgaben finanzielle Ressourcen des Bundes. Zum Ausgleich regionaler Ungleichheiten wird ein Teil der Steuereinnahmen des Bundes über den Beteiligungsfonds der Gemeinden (FPM) an diese weitergeleitet. Dieser Fond stellt die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden dar.

Die Verfassung bestimmt, dass die Gemeinden mindestens 25 Prozent ihrer Einnahmen für die Bildung aufwenden müssen. Im Vordergrund der bildungspolitischen Aufgaben der Munizípien steht die frühkindliche Bildung. Hierzu gehören die Kinderkrippen und die Vorschulen. Grundschulen liegen bisher eher in der Verantwortung der Bundesländer, auch wenn bereits einige Grundschulen im Verantwortungsbereich der Munizípien bestehen. Hier gibt es jedoch eine eindeutige Tendenz zur Kommunalisierung der Grundschulen, das bedeutet, dass die Bundesländer bestrebt sind, die Grundschulbildung in die Hände und damit in die Verantwortung der Munizípien zu legen.

Schultransport und Schulspeisung liegen ebenfalls in der Kompetenz der Gemeinden. Hierzu werden weitere Mittel an die Gemeinden transferiert. Über den Fonds für die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Grundbildung (Fundeb) zur Bezahlung der Bildungsfachkräfte, über das Programa Nacional de Apoio ao Transporte do Escolar (Nationales Förderprogramm für den Schulverkehr - PNATE), für den Transport und über das Programa Nacional de Alimentação Escolar (Nationales Schulspeisungsprogramm - PNAE).

## **1.2. Finanzierung über „Emendas Parlamentares“**

Eine weitere Einnahmequelle für Munizípien sind die „Emendas Parlamentares“ (etwa: parlamentarische Haushaltsanträge) geworden. Bis zu 30 Prozent der staatlichen Mittel werden nach Vorlage von Projekten über einzelne Abgeordnete und Senator\*innen abgewickelt. Diese Projekte werden zum größten Teil in den Heimatgemeinden der Abgeordneten und Senator\*innen durchgeführt und dienen auch dem politischen Überleben der einzelnen Abgeordneten bzw. Senator\*innen. Diese Art der Verwendung der öffentlichen Mittel ist ein verfassungsmäßiges verbrieftes Recht der gewählten Abgeordneten und Senator\*innen. Das Recht wird von den Parlamentarier\*innen beider Häuser mit Nachdruck verteidigt.

Munizípien mit hohen Inventionen aus diesen Emendas (Haushaltsanträge) schneiden in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Politik besser ab: Sie senken die Kindersterblichkeit, verbessern das Bildungswesen und das Angebot an formellen Arbeitsplätzen, weil mehr Ressourcen in den lokalen Bereich fließen und die lokale Wirtschaft ankurbeln.

Das große Problem ist die Logik des individuellen Überlebens einzelner Parlamentarier\*innen. Gut vernetzte Munizípien erhalten Mittel, nicht so gut vernetzte Munizípien gehen leer aus. Die Haushaltsmittel der Ministerien werden nicht strukturell und nach Bedarf eingesetzt, sondern lediglich auf der Grundlage guter politischer Beziehungen an Einzelne vergeben. Dies stärkt eher die lokale Bindung, denn die allgemeine politische Verantwortung der einzelnen Mandatsträger\*innen. Diese Politiker\*innen fühlen sich stärker den lokalen machtpolitischen Gegebenheiten verpflichtet, als den politischen Ansichten der eigenen Partei, in der sie sich gerade befinden. Der Wechsel von einer Partei in eine andere ist eher die Regel, denn die Ausnahme. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei wird daher eher von den lokalen Gegebenheiten bestimmt, denn von Parteiprogrammen, soweit diese überhaupt existieren. Gleichzeitig gehen den Ministerien bis zu 30 Prozent ihrer Haushalte verloren. Diese Mittel werden nicht mehr für strukturelle Veränderungen ausgegeben, sondern nach dem Prinzip von politischer Gefolgschaft und Abhängigkeit.

Die Quote der Wiederwahl von Bürgermeister\*innen war mit über 80 Prozent so hoch wie nie in Brasilien. Ein guter Teil dieser Erfolge kann mit den „Emendas Parlamentares“ in Verbindung gebracht werden. Eine Umfrage der Folha de São Paulo ergab, dass bei den 116 Bürgermeister\*innen, die am meisten von diesen Emendas profitiert haben, die Wiederwahlquote bei 98 Prozent lag. Mit anderen Worten: Es besteht ein Zusammenhang

zwischen den von den Abgeordneten und Senator\*innen erhaltenen Geldern und dem Erfolg ihrer Bürgermeister\*innen bei der Erneuerung ihres Mandats.

Diese Praxis der Vergabe der Haushaltsmittel über Abgeordnete und Senator\*innen hat unter der Regierung Bolsonaro ganz neue Dimensionen erreicht. Diente diese hier nicht nur dem Überleben der einzelnen Mandatsträger\*innen, sondern sollten auch die Wiederwahl des damaligen Präsidenten befördern. Dabei ergaben sich eine Reihe von Transparenzproblemen. Die Bedingungen zur Vergabe dieser Gelder wurden geändert. Die Gelder für die Emendas Parlamentares konnten nun anonym vergeben werden, dabei wurde nicht mehr nachvollziehbar, an wen und in welcher Höhe die Gelder vergeben wurden. Die Bürgermeister\*innen, die letztendlich das Geld erhielten, konnten dieses verwenden wie er wollten und setzten dieses Geld vornehmlich zur Stärkung der eigenen politischen Basis in ihren Munizípien ein. Offenbar in vielen Fällen mit Erfolg. Die Prüfung der rechtmäßigen Verwendung durch die CGU (Bundesrechnungshof) wurde erschwert und in Teilen unmöglich gemacht. Die ohnehin schon vorhandenen Probleme wie Veruntreuung, Korruption, Vorteilsnahme, etc. wurden dadurch massiv befördert. Nach der Abwahl von Bolsonaro wurde diese Praxis der Geldvergabe vom Verfassungsgericht untersagt, bis wieder eine größere Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Geldern garantiert werden kann.

Der Wahlkampf ist auch im Bereich der Bildung deutlich geführt worden und zu einem Streitpunkt im polarisierten Brasilien geworden. Während die eher aufgeklärten Kräfte davon ausgehen, dass Bildung eine staatliche Aufgabe ist, basiert die Idee der extremen Rechten darauf, dass die Bildung weitestgehend den Familien überlassen werden muss. Aus ihrer Sicht wird die staatliche Bildung zur ideologischen Indoktrination der Schüler\*innen genutzt. Daher haben diese Kräfte die Idee der „Schule ohne Partei“ ins Leben gerufen. Darüber hinaus untergraben die öffentlichen Schulen, aus Sicht der ultrarechten Politiker, mit einer Gender-Ideologie das traditionelle Familienbild, das ihrer Ansicht nach die Keimzelle der brasilianischen Gesellschaft darstellt. Überzeugungen, die man auch aus anderen populistischen Regierungen und Parteien rund um die Welt kennt. Dieses Weltbild und die Verschiebung der Bildungsfragen auf familiäre oder private Bildungseinrichtungen liegen auch im Interesse der unzähligen evangelikalen Kirchen und sind ein Grund für die Zusammenarbeit dieser Akteur\*innen.

*(Quellen: Ministerium für Finanzen; JurisHand KI; Agência Brasil 02.09.24, Leitfaden für parlamentarische Änderungsanträge des MEC 2024; Luiz Ramalho, Bolsonaroismo ohne Bolsonaro; ILA-Info 480, Bonn 2024)*

## **2. Ausgang der Wahlen nach Parteien**

Die 513 Sitze des brasilianischen Parlaments teilen sich derzeit 17 Parteien, bzw. Federações. Letzteres sind Zusammenschlüsse von Parteien, die wie eine einzige Partei für einen festgelegten Zeitraum gemeinsam agieren und gemeinsam eine\*n Kandidat\*in (auf allen

Ebenen) unterstützen. Diese müssen dann allerdings die gesamte Amtszeit, also mindestens vier Jahre, dieses Wahlamt, das sie errungen haben, ausführen.

In Brasilien gibt es derzeit drei solcher Federações, die sieben Parteien umfassen und bis 2026 gültig sind. Diese sind: Die Brasilianische „Föderation der Hoffnung (FE-Brasil)“, der die Arbeiterpartei (PT), die Kommunistische Partei Brasiliens (PCdoB) und die Grüne Partei (PV) angehören. Des Weiteren die „Föderation der PSDB“, die sich aus der Partei der brasilianischen Sozialdemokratie (PSDB) und der Bürgerschaft (CIDADANIA) zusammensetzt. Letztlich die Föderation „PSOL / REDE“, die den Zusammenschluss der Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL) mit dem Netzwerk für Nachhaltigkeit (REDE) formalisiert hat.

Im Gegensatz dazu ist eine Koalition der Zusammenschluss von zwei oder mehr Parteien, um gemeinsam Kandidaten für eine bestimmte Wahl aufzustellen. Koalitionen gelten nicht für Verhältniswahlen, d.h. seit 2017 haben sie keine Kandidat\*innen für die Positionen des Bundesabgeordneten, des Staats- oder Bezirksabgeordneten und des Ratsmitglieds aufstellen können. Koalitionen können lediglich für Mehrheitswahlen geschlossen werden, da sie Kandidat\*innen für die Ämter des\*der Präsidenten\*in der Republik, der Gouverneur\*innen, der Senator\*innen und der Bürgermeister\*innen unterstützen können. Bei den Kommunalwahlen 2024 waren Koalitionen lediglich für das Amt der Bürgermeister\*innen zugelassen

## 2.1. Die Ergebnisse

Von den 17 im Parlament vertretenen Parteien konnten fast alle Parteien Kandidat\*innen für das Amt als Bürgermeisterin\* durchsetzen.

Im Einzelnen sind dies:

	Anzahl der Bürgermeister*innen	Beteiligung an der Bundesregierung
 PSD	891 Municípios= 15.99%	Drei Ministerien
 MDB	856 Municípios = 15.37%	Drei Ministerien
 PP	752 Municípios =- 13.50%	Ein Ministerium
 UNIÃO Brasil	591 Municípios = 10.61%	Zwei Ministerien
 PL	518 Municípios = 9.30%	Opposition

	Republicanos	440 Municípios = 7.90%	Ein Ministerium
	PSB	312 Municípios = 5.60%	Zwei Ministerien
	Federação PSDB - Cidadania	309 Municípios = 5.49%	Opposition
	Federação Brasil da Esperança PT, Pcdob; PV	285 Municípios = 5.54%	Neun Ministerien
	PDT	151 Municípios = 2.71%	Zwei Ministerien
	Avante1	36 Municípios = 1,89%	Kein Ministerium Unterstützt aber offiziell die Regierung
	Podemos	129 Municípios = 3,06%	Kein Ministerium Unterstützt aber offiziell die Regierung
Bürgermeister*innen aus neun weiteren Parteien wurden gewählt. Keine dieser Parteien eroberte mehr als 20 Rathäuser und werden daher hier nicht weiter erwähnt.			

## 2.2. Kommunalwahl und Bundesregierung

Von den zwölf hier aufgeführten Parteien bzw. Federações, die eine relevante Zahl von Bürgermeister\*innen stellen, sind acht in irgendeiner Form an der Regierung von Präsident Lula beteiligt. Immerhin verfügen acht dieser Parteien über ein Ministerium in der Bundesregierung, zwei weitere gehören ebenfalls zur Basis der Bundesregierung, wenn auch ohne Zugriff auf ein Ministerium. Lediglich zwei der aufgeführten Parteien gehören offiziell der Opposition an.

Bemerkenswert ist, dass drei Ex-Minister der Regierung Bolsonaro, die sich in verschiedenen Städten zur Wahl gestellt hatten, nicht gewählt wurden. Alle drei hatten die aktive Unterstützung des Ex-Präsidenten, aber nur einer, Marcelo Queiroga (PL), Ex-Gesundheitsminister, hat es in João Pessoa den zweiten Wahlgang geschafft, den er allerdings nicht für sich entscheiden konnte. In Rio erreichte der Kandidat Bolsonaros - Alexandre Ramagem (PL), knapp 31 Prozent der Stimmen und in Recife kam der Ex-Minister für Tourismus Gilson Machado (PL), lediglich auf 14 Prozent.

Auf den ersten Blick sieht es daher so aus, als ob die Kommunalwahlen einen Erfolg der Regierung darstellen, zumindest wenn man von der Spaltung des Landes in PL-Bolsonaro- und PT-Lula-Anhängern ausgeht.

Tatsächlich ist die PL, die Partei des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, eine der größten Gewinnerinnen dieser Wahl. In knapp 10 Prozent aller Munizípien stellt diese Partei jetzt den

Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin. 16 davon in Gemeinden mit mehr als 200.000 Wähler\*innen. Bei den letzten Kommunalwahlen 2020 waren es lediglich 2 Städte dieser Größenordnung. Mit Maceió (AL), Rio Branco (AC), Cuiabá (MT) und Aracaju (SE) hat sich die PL auch in vier Hauptstädten, zwei davon im Nordosten, durchgesetzt.

Auch die PT konnte im Vergleich mit den letzten Kommunalwahlen zulegen. Sie stellt ca. 5,5 Prozent aller Bürgermeister\*innen, 6 davon in Städten mit mehr als 200.000 Wähler\*innen und mit Fortaleza der Hauptstadt des Bundesstaates Ceará auch einen Bürgermeister einer Landeshauptstadt. In den letzten acht Jahren stellte die PT keinen Bürgermeister einer Landeshauptstadt.

Die eigentlichen Sieger dieser Kommunalwahl sind die Parteien des sogenannten Centrão. Die Parteien PSD, MDB, PP, União Brasil und Republicanos gewannen über 3.400 Präfekturen und damit etwas über 60 Prozent der Bürgermeisterämter.

Alle fünf Parteien sind durch die Übernahme von Ministerien an der Bundesregierung beteiligt und sollten eigentlich die Regierung bei Abstimmungen im Parlament und Senat unterstützen. Dies ist jedoch nicht so. Gibt es diesen fünf Parteien doch unterschiedliche Richtungen. Ein Teil ist auf der Seite der jeweiligen Minister\*innen und unterstützt deren Arbeit, ein anderer Teil derselben Partei steht in Opposition zur Bundesregierung und damit auch in Bezug auf die eigenen Minister\*innen. Die Regierung Lula ist eine Minderheitenregierung, die sich vor jeder Abstimmung im Parlament und im Senat ihrer Mehrheit versichern muss. Hier kommt ihnen die politische Kultur des Centrão entgegen. Vor wesentlichen Entscheidungen von Gesetzesvorlagen gibt die Regierung größere Summen für Projekte von „Emendas Parlamentares“ (etwa: Bürgerhaushaltsanträge) frei. Gelder, die dann von den Abgeordneten und Senator\*innen in ihren Heimatgemeinden eingesetzt werden können, nicht nur zum Wohle der dort lebenden Menschen, sondern auch zum Wohle der jeweiligen Abgeordneten. Wie bereits gesagt, ist dann die Nähe zur eigenen Machtbasis „zu Hause“ wichtiger als die parteipolitische Bindung, oder die Meinung der eigenen Parteiführung.

Die fragile Basis als Minderheitsregierung lässt sich in vielen Fällen nur durch die Freigabe von Bundesmitteln begegnen.

Die Kommunalwahlen sind also bei weitem nicht als Erfolg der Regierung zu sehen, sondern eher als Erfolg der Kräfte, die einer fast schon überwundenen politischen Kultur von Abhängigkeit und Vorteilnahme, oder dem „jeitinho brasileiro“ (etwa: brasilianische Improvisationskunst) in seiner negativen Interpretation zu Hause sind. Viele dieser Abgeordneten sehen die Kosten für den Wahlkampf als eine Investition an, eine Investition, die sich natürlich auch bezahlt machen muss. Die Emendas Parlamentares bieten hierfür ein probates Mittel.

Über diese politische Kultur hinaus hat es im Wahlkampf aber auch direkte Einflussnahme der Amtsträger\*innen gegeben, die wiedergewählt werden wollten. Falschmeldungen, Drohungen und direkte Korruption haben offenbar an vielen Orten die Wahlen beeinflussen können. Der Wahlausgang zeigt vor allem die Abhängigkeit der Regierung vom Wohlwollen der Parteien des Centrão.

Es kann erwartet werden, dass der Präsident zu Beginn des nächsten Jahres eine Ministerialreform durchführen wird, um die siegreichen Kräfte der Kommunalwahl stärker in die Bundesregierung einbinden zu können. Dies geschieht sicher auch schon in Hinblick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen 2026.

Die Einschätzungen, was die Wahl für die Linke in Brasilien bedeutet finden sich in einem Artikel von Luiz Ramalho den letzten Ausgaben des ILA–und zwei Artikel von Hermann Dierkes und Monika Ottermann in den Brasilien Nachrichten.

*(Quellen: CNN vom 24.01.24; BBC News vom 27. Und 28.10.24; Poder 360 vom 07.09.2023; CNN vom 27.10.2024)  
(siehe auch Artikel von Luiz Ramalho in ILA – Das Lateinamerika Nr. 480 vom November 2024  
Hermann Dierkes, Kommunalwahlen in Brasilien, Brasilien Nachrichten Nr. 170 Freiburg 2024 und  
Monika Ottermann: Ein verregneter Samstag und ein Ausrutscher im Bad, in Brasilien Nachrichten <nr. 170, Freiburg, 2024)*

### **3. Kommunalwahlen und Indigene Bevölkerung**

Die Verfassung von 1988 hat bestimmte Parameter und Rechte für indigene Völker festgelegt. In diesen Bestimmungen werden ihre soziale Organisation, ihre Sitten und Gebräuche, ihre Sprachen, ihr Glaube und ihre Traditionen sowie ihre ursprünglichen Rechte auf das Land, das sie traditionell bewohnen, ausdrücklich anerkannt.

Erst mit der Einführung des Zivilgesetzbuches im Jahr 2002 wird die Wahlberechtigung geregelt. Die Mitglieder der traditionellen Gemeinschaften werden mit dem Hinweis darauf, dass kein Gesetz ihre Rechte einschränken oder verweigern kann genannt. In diesem Sinne sind sie seit 2002 den brasilianischen Staatsbürger\*innen gleichgestellt, verfügen also über die aktive Wahlfähigkeit (die Fähigkeit zu wählen) und die passive Wahlfähigkeit (die Fähigkeit, gewählt zu werden).

#### **Geschichte:**

Die indigene Bewegung kämpft seit langem um ihren Platz in den brasilianischen politischen Institutionen. Der erste Indigene, der gewählt wurde, war Manoel dos Santos vom Volk der Karipuna im Jahr 1969 als Ratsmitglied in Oiapoque (AP). Im Jahr 1976 gewann Cacique Ângelo Kretã die Wahlen zum Stadtrat von Mangueirinha (PR), nachdem er sich in einem Rechtsstreit das Recht erkämpft hatte, zu kandidieren.

Auf Bundesebene war Mário Juruna der erste Indigene, der 1982 ins Parlament gewählt wurde, in einer Zeit, die der Anerkennung der Rechte der Indigenen in der Bundesverfassung von 1988 vorausging. Seitdem hat die indigene Bewegung bedeutende Fortschritte gemacht, wie die Wahl von Joenia Wapichana im Jahr 2018, der ersten indigenen Frau, die ins Bundesparlament gewählt wurde, und die historische Kandidatur von Sonia Guajajara für das Präsidentenamt der Republik im selben Jahr. Im Jahr 2022 wurden mit der Wahl von Célia Xakriabá zur ersten indigenen Bundesabgeordneten für Minas Gerais und Sonia Guajajara zur ersten Bundesabgeordneten für São Paulo neue Meilensteine erreicht.

*Quellen: <https://www.tse.jus.br/institucional/museu-do-voto/exposicoes-e-programas-educativos/eleicoes-e-povos-indigenas>*

#### **3.1. Indigene Bevölkerung und das passive Wahlrecht**

Bei den diesjährigen Kommunalwahlen haben die indigenen Kandidat\*innen proportional am stärksten zugenommen. Im Jahr 2024 kandidierten Menschen von 169 indigenen Völkern in allen Regionen Brasiliens als Stadträt\*innen und Bürgermeister\*innen. Insgesamt 256 indigene Kandidat\*innen haben Sitze in Stadträten errungen. In neun Städten konnten Indigene das Bürgermeisteramt gewinnen. Dies bedeutet einen Anstieg der Anzahl der Indigenen Mandatsträger\*innen um 8 Prozent im Vergleich zu den Wahlen 2020. Daten des obersten Wahlgerichts (TSE) bezeugen, dass insgesamt 1.635.530 Stimmen für indigene Kandidat\*innen abgegeben wurden. Dies zeigt eine wachsende Bedeutung Indigener in der brasilianischen Politik.

Ein Beschluss des obersten Wahlgerichts (TSE) sieht vor, dass Quoten für indigene Kandidat\*innen eingerichtet werden und diese Kandidaturen Zugang zu Wahlkampfmitteln und entsprechende Werbezeit in den Medien vorsieht. Dinamam Tuxá, leitender Koordinator der Apib (Indigener Dachverband Brasiliens), betonte, dass es noch viel zu tun gebe. „Die Parteien müssen mehr Unterstützung leisten, damit indigene Kandidaten fair kandidieren können, Maßnahmen zur Unterstützung indigener Kandidaturen durch den Wahlfonds müssen garantiert werden, um gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen und die Vielfalt in der Politik zu fördern“

#### **Gewählt wurden:**

198 männliche und 36 weibliche Ratsmitglieder; acht Bürgermeister und eine Bürgermeisterin; neun Vizebürgermeister und vier Vizebürgermeisterinnen.

Darüber hinaus nahmen 169 indigene Völker an den Wahlen teil, was die Vielfalt der Stimmen zur Vertretung der Völker weiter stärkt. Besonders hervorzuheben ist die Region São Gabriel da Cachoeira in Amazonien, in der 108 indigene Kandidat\*innen antraten.

#### **Regionale Ergebnisse:**

Die Verteilung der Gewählten in den Gebieten, die von den regionalen Organisationen der Apib abgedeckt werden, war signifikant:

COIAB (Amazonien): 106 gewählte Indigene, wobei Amazonas (47 Gewählte) und Roraima (12 Gewählte) hervorstechen.

Apoimé (Nordosten, Minas Gerais und Espírito Santo): 101 Indigene wurden gewählt, wobei Pernambuco am stärksten vertreten ist (31 Gewählte).

Arpinsul, CGY und Arpinsudeste: 33 Indigene wurden gewählt, wobei Rio Grande do Sul mit 17 indigenen Abgeordneten hervorsticht.

Aty Guasu und Terena: 16 gewählte Abgeordnete, wobei Mato Grosso do Sul mit 15 indigenen Abgeordneten hervorsticht.

Ein Novum bei den diesjährigen Wahlen war die Erklärung der Zugehörigkeit zu einer indigenen Ethnie. Nach Angaben des TSE trägt dieses Dokument dazu bei, Betrug im Zusammenhang mit Selbsterklärungen einzudämmen, indem es die Zugehörigkeit des Kandidaten zu einem indigenen Gebiet belegt.

*Quellen: A Articulação dos Povos Indígenas do Brasil – APIB <https://apiboficial.org/2024/10/10/campanha-indigena-2024-aumenta-o-numero-de-indigenas-eleitos-em-todo-brasil/>*

#### **Quilombos:**

Nach Angaben des obersten Wahlgerichts (TSE) gewannen 17 Kandidat\*innen, die sich als Quilombolas deklarierten, die Bürgermeisterwahlen ihrer Gemeinden.

Die Mehrheit der Gewählten sind Männer (15), während zwei Frauen in das Amt gewählt wurden. An den Kommunalwahlen 2024 nahmen erstmals mehr als 3.000 selbst ernannte Quilombola-Kandidat\*innen teil. 262 Männer und 72 Frauen haben Sitze in den Gemeinderäten ihrer Städte erreicht.

Die Gemeinden, in denen diese Kandidat\*innen gewählt wurden, liegen in den Regionen Nord, Nordost und Südost. Im Bundesstaat Goiás werden vier Städte von Quilombolas regiert. Im Süden des Landes wurden keine Quilombolas zum Bürgermeister gewählt.

Quellen: <https://almapreta.com.br/sessao/politica/indigenas-e-quilombolas-sao-eleit-os-como-prefeitos-em-22-cidades/>

### **3.2. Indigene Bevölkerung und das aktive Wahlrecht**

Immer wieder stellt sich die Frage, ob sich Indigene und andere traditionelle Gemeinschaften überhaupt an solchen Wahlen beteiligen sollen. Und die Frage, ob die politische Partei eines\*einer Kandidat\*in eine Rolle bei der Wahlentscheidung spielen sollte. Bei der Antwort gab es keinen Zweifel. Ja, die politische Partei spielt eine Rolle und ja, man sollte sich an Wahlen beteiligen.

CIMI (Conselho Indigenista Missionário – Indigenenmissionsrat) sammelte systematisch Informationen über die Position der politischen Parteien zum Gesetz des „Marco Temporal“ (Stichtagsregelung). Im Mittelpunkt stand das Abstimmungsverhalten im Nationalkongress als auch der Umgang mit dem Veto, das vom Präsidenten gegen die Abstimmung eingelegt wurde. Der „Marco Temporal“ legt im Wesentlichen einen zeitlichen Rahmen für die Demarkierung von indigenem Land fest. Danach hätten indigene Völker nur noch Anspruch auf die Demarkierung ihres Landes, wenn sie ihre Ansprüche bis zum 5. Oktober 1988, dem Tag der Verkündung der Verfassung, angemeldet hatten.

In der Auswertung ergab sich die Existenz von drei unterschiedlichen Blöcken von politischen Parteien. Einer dieser Blöcke besteht aus 11 Parteien, die ganz oder überwiegend gegen die Interessen der indigenen Völker sind, einem Block aus 7 Parteien, die ganz oder überwiegend für die Interessen der indigenen Völker sind, und einer Partei, die in der Mitte gespalten ist.

## Posição dos partidos: votos a favor e contra direitos indígenas na votação sobre Lei 14.701/2023

Votos dos parlamentares na sessão conjunta do Congresso Nacional que derrubou os vetos do presidente Lula à Lei 14.701, no dia 23 de outubro de 2023.

Pesquisar na tabela

Partido (número)	Votos contra direitos indígenas	Votos a favor dos direitos indígenas	% contra direitos indígenas ▼	% a favor dos direitos indígenas
<b>Novo</b> (30)	4	0	100,0%	0,0%
<b>PL</b> (22)	101	2	98,1%	1,9%
<b>PSDB</b> (45)	14	1	93,3%	6,7%
<b>União Brasil</b> (44)	54	4	93,1%	6,9%
<b>PP</b> (11)	48	4	92,3%	7,7%
<b>Republicanos</b> (10)	35	3	92,1%	7,9%
<b>Podemos</b> (20)	19	2	90,5%	9,5%
<b>PSD</b> (55)	41	10	80,4%	19,6%
<b>Patriotas</b> (51)	4	1	80,0%	20,0%
<b>MDB</b> (15)	33	11	73,3%	24,4%
<b>Avante</b> (70)	4	2	66,7%	33,3%
<b>PV</b> (43)	3	3	50,0%	50,0%
<b>Solidariedade</b> (77)	2	3	40,0%	60,0%
<b>PDT</b> (12)	6	12	33,3%	66,7%
<b>Cidadania</b> (23)	1	2	33,3%	66,7%
<b>PSB</b> (40)	5	12	29,4%	70,6%
<b>PSOL</b> (50)	0	12	0,0%	100,0%
<b>PT</b> (13)	0	63	0,0%	100,0%
<b>Rede</b> (18)	0	2	0,0%	100,0%
<b>PCdoB</b> (65)	0	7	0,0%	100,0%
<b>Total</b>	<b>374</b>	<b>156</b>	<b>70,4%</b>	<b>29,4%</b>

A tabela contabiliza os votos favoráveis à derrubada dos vetos ao marco temporal - portanto, **contra os direitos indígenas** - e os votos contrários à derrubada dos vetos - portanto, **a favor dos direitos indígenas**. A análise dos vetos na sessão do Congresso foi dividida por artigos e parágrafos, mas o placar foi o mesmo em todas as votações ([veja aqui a lista completa](#)). A referência utilizada para a contagem foi a votação pela derrubada do §2º do art. 4º da lei, específico sobre o marco temporal ([acesse aqui](#)).

Tabela: Tiago Miotto/Cimi • Fonte: [Cimi](#) • [Obter dados](#) • Criado com [Datawrapper](#)

An dieser Stelle könnte die Frage gestellt werden: Was haben Kommunalwahlen mit dem Votum der Abgeordneten und Senatoren für oder gegen den „Marco Temporal“ zu tun. Wir wollen versuchen eine Antwort auf diese Frage zu geben.

In mehreren Studien und Artikeln (2022 Os Povos Indígenas e a Luta Político Partidária Eleitoral; 2022 Partidos Políticos, Direitos Indígenas e as Eleições no Brasil) hat CIMI dargelegt, wie wichtig es ist, die Interessen der indigenen Völker mit den Wahlprogrammen von Parteien in Verbindung zu bringen.

Der Zusammenhang ergibt sich demnach aus dem brasilianischen Wahlsystem. Bei den Kommunalwahlen kommt das Verhältniswahlrecht zur Geltung. Dieses Wahlrecht soll die politischen Parteien unterstützen, den demokratischen Prozess zu stärken. Die Anzahl der Bürgermeister\*innen, Stadt- und Landrät\*innen einer Partei stellt eine wichtige Weichenstellung für die nächsten Wahlen auf Landes- und Bundesebene dar. Je mehr Personen einer Partei bei den Kommunalwahlen gewählt werden, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich ein\*e Kandidat\*in dieser Partei als Abgeordnete\*r oder Senator\*in durchsetzt. Im Verhältniswahlrecht können Kandidat\*innen die nicht direkt gewählt wurden, durch andere Kandidat\*innen derselben Partei ersetzt werden.

In diesen Fällen ist es notwendig zu wissen, welche Parteien eine positive Einstellung gegenüber den Interessen der Indigenen in ihr Parteiprogramm aufgenommen haben. Diese Parteien sollten dann pragmatisch so früh wie möglich unterstützt werden, um Kandidat\*innen aus Koalitionen zu verhindern, die als Gegner\*in identifiziert werden müssen.

Quelle: <https://cimi.org.br/2024/10/eleicoes-partidos-indigenas>